

# Umsatzsteuer aktuell

Ausgabe 2, März 2020

## Steuerliche Maßnahmen zur Berücksichtigung der Auswirkungen des Coronavirus

Weltweit haben die Bemühungen zur Eindämmung der weiteren Verbreitung des Virus SARS-CoV-2 in vielen Fällen zu staatlichen Maßnahmen geführt, die sehr weitgehend nicht nur in das Alltagsleben der Bevölkerung, sondern auch in die wirtschaftlichen Abläufe eingreifen. Vorerst ist noch nicht abzusehen, wann diese Maßnahmen gelockert oder gar wieder abgesetzt werden können. Die damit einhergehenden wirtschaftlichen Schäden sind bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt beträchtlich. Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat mit einem am 19. März 2020 erschienenen Schreiben einige steuerpolitische Maßnahmen umgesetzt, die kurz zuvor in einer gemeinsamen Erklärung des BMF und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) angekündigt worden waren.

### Das Schreiben - Allgemeines

Das BMF befasst sich in seinem allgemein gehaltenen Schreiben mit Stundungs- und Vollstreckungsmaßnahmen sowie mit der Anpassung von Vorauszahlungen. Im Weiteren werden die vom BMF angeordneten Maßnahmen nur abgehandelt, soweit sie die Umsatzsteuer betreffen. Wo das Schreiben sich mit Vorauszahlungen befasst, sind ausdrücklich nur Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer gemeint, nicht also z. B. die umsatzsteuerliche Sondervorauszahlung zur Dauerfristverlängerung oder die Zahllast einer Umsatzsteuer-Voranmeldung.

Die Maßnahmen sind auf „unmittelbar“ betroffene Steuerpflichtige beschränkt - für nur mittelbar betroffene Steuerpflichtige gelten ausdrücklich die allgemeinen Grundsätze. Der Sache nach ist damit offenbar gemeint, dass der Steuerpflichtige unmittelbar von den Auswirkungen des Coronavirus betroffen sein muss. In diesem Sinne „mittelbar“ betroffen könnten z.B. Unternehmer sein, deren wirtschaftliche Schäden „lediglich“ auf Lieferschwierigkeiten, auf Liquiditätsengpässe ihrer Kunden usw. zurückzuführen sind, ohne jedoch selbst direkt durch das Corona-Virus oder die in diesem Zusammenhang staatlich verhängten Maßnahmen betroffen zu sein. Es ist außerdem erforderlich, dass ein Steuerpflichtiger „nicht unerheblich“ betroffen ist.

## Stundungen

Bis zum 31. Dezember 2020 können Anträge auf Stundung der bis zu diesem Zeitpunkt bereits fälligen oder fällig werdenden Steuern gestellt werden, die von den Landesfinanzbehörden im Auftrag des Bundes verwaltet werden. Das umfasst unter anderem die Umsatzsteuer.

Im Antrag sind die Verhältnisse darzulegen. Indessen ist im Schreiben ausdrücklich bestimmt, dass Anträge nicht deshalb abzulehnen sind, weil die Steuerpflichtigen die entstandenen Schäden wertmäßig nicht im Einzelnen nachweisen können. Bei der Nachprüfung der Voraussetzungen für Stundungen sind, wie das BMF zu verstehen gibt, keine strengen Anforderungen zu stellen. Die Stundungsverbote nach §222 Sätze 3 und 4 AO bleiben unberührt. Sofern von dieser Möglichkeit für die laufende Umsatzsteuer-Voranmeldung Gebrauch gemacht werden soll, empfiehlt sich eine rechtzeitige Beantragung der Stundung vor Einreichung der Umsatzsteuer-Voranmeldung, da rechtlich anderenfalls zunächst Säumnis eintritt und ggf. Säumniszuschläge verwirkt werden. Allerdings können dem Schreiben zufolge auch Säumniszuschläge erlassen werden (s. unten).

Anträge auf Stundung der nach dem 31. Dezember 2020 fälligen Steuern, die nur Zeiträume nach dem 31. Dezember 2020 betreffen, sind dem Schreiben zufolge besonders zu begründen. Es ist aber wohl anzunehmen, dass auch in diesem Falle geringere Anforderungen an die Voraussetzungen der Stundung gestellt werden, weil das BMF in diesem Zusammenhang gerade nicht auf die Anwendung der allgemeinen Regeln verweist.

## Vollstreckungen

Wird dem Finanzamt aufgrund Mitteilung des Vollstreckungsschuldners oder auf andere Weise bekannt, dass der Vollstreckungsschuldner unmittelbar und nicht unerheblich betroffen ist, soll dem Schreiben zufolge bis zum 31. Dezember 2020 von Vollstreckungsmaßnahmen bei allen rückständigen oder bis zu diesem Zeitpunkt fällig werdenden oben angesprochenen Steuern - auch der Umsatzsteuer - abgesehen werden. In den betreffenden Fällen seien die im Zeitraum ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Schreibens bis zum 31. Dezember 2020 verwirkten Säumniszuschläge für diese Steuern zum 31. Dezember 2020 zu erlassen, was auch im Wege einer Allgemeinverfügung erfolgen kann.

## Sonstiges

Eine inhaltliche ähnliche Äußerung der Zollverwaltung kann [hier](#) (unter „Maßnahmen zur Milderung wirtschaftlicher Schäden“) online aufgerufen werden.

Es sollte beachtet werden, dass der gemeinsamen Erklärung zufolge auch das Bundeszentralamt für Steuern angewiesen wurde, bei seiner Zuständigkeit unter anderem für die Umsatzsteuer den Steuerpflichtigen „entsprechend“ entgegenzukommen. Einzelheiten dazu wurden noch nicht bekannt, zumindest im [Webauftritt des BZSt](#) scheint eine Veröffentlichung noch nicht erfolgt zu sein.

Die Finanzverwaltungen vieler ausländischer Staaten haben in vielen Fällen ebenfalls ein Bündel von Maßnahmen beschlossen bzw. umgesetzt. In der PwC-Datenbank "Global VAT Online" findet sich (in englischer Sprache) eine Sammlung von Nachrichten über entsprechende Maßnahmen der Finanzverwaltungen von Ländern in aller Welt. Die Liste ist [hier](#) für Nichtabonnenten kostenfrei aufrufbar.

## Fundstellen

BMF-Schreiben vom [19. März 2020](#)

[Coronavirus-Themenseite](#) im Webauftritt des BMF mit gemeinsamer Erklärung des BMF und des BMWi: „Ein Schutzschild für Beschäftigte und Unternehmen“

# Ihre Ansprechpartner

---

## Berlin

---

### Götz Neuhahn

Tel.: +49 30 2636-5445  
goetz.neuhahn@pwc.com

### Nicole Stumm

Tel.: +49 30 2636-3733  
nicole.stumm@pwc.com

---

## Düsseldorf/Köln/Essen

---

### Alexandra Hartenfels

Tel.: +49 211 981-2598  
alexandra.hartenfels@pwc.com

### Sounia Kombert

Tel.: +49 221 2084-384  
sounia.kombert@pwc.com

---

## Frankfurt am Main

---

### Frank Gehring

Tel.: +49 69 9585-2771  
frank.gehring@pwc.com

### Gerald Hammerschmidt

Tel.: +49 69 9585-5290  
gerald.hammerschmidt@pwc.com

### Robert Clemens Prätzler

Tel.: +49 69 9585-6712  
robert.clemens.pratzler@pwc.com

---

## Hamburg

---

### Markus Hüllmann

Tel.: +49 40 6378-8858  
markus.huellmann@pwc.com

---

## München/Nürnberg

---

### Sandra Zölch

Tel.: +49 89 5790-6840  
sandra.zoelch@pwc.com

---

## Stuttgart

---

### Jens Müller-Lee

Tel.: +49 711 25034-1101  
jens.mueller-lee@pwc.com

---

## ITX ERP and Data Analytics

---

### Roberta Grottini

Tel.: +49 30 2636-5399  
roberta.grottini@pwc.com

---

## Financial Services

---

### Imke Murchner

Tel.: +49 89 5790-6779  
imke.murchner@pwc.com

---

## M&A

---

### Christian Schubert

Tel.: +49 89 5790-6726  
christian.schubert@pwc.com

# Bestellung und Abbestellung

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Umsatzsteuer aktuell* bestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile „Bestellung“ an: [SUBSCRIBE\\_Indirect\\_Tax\\_Information@de.pwc.com](mailto:SUBSCRIBE_Indirect_Tax_Information@de.pwc.com).

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Umsatzsteuer aktuell* abbestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile „Abbestellung“ an: [UNSUBSCRIBE\\_Indirect\\_Tax\\_Information@de.pwc.com](mailto:UNSUBSCRIBE_Indirect_Tax_Information@de.pwc.com).

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© März 2020 PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

„PwC“ bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

[www.pwc.de](http://www.pwc.de)